

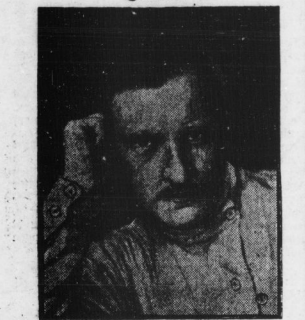
Neueste

Das „Volkblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, Nachr. Beilagen, „Rinderfreund“ sowie „Volk u. Welt“. Inwieweit eingehenden Manuskripten ist stets das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Große Märkerstraße 67, Sternpost-Konting. 246 67. Persönliche Zustellung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Besuchsbedingungen: Der Verkaufspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Halbjahr 1,50 Mark. Postbezugspreis monatlich 2,- Mark, ab Postamt a. Postbezugspreis 2,40 Mark, bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 Mark. Anzeigenpreis 12 Pf. im Umkreis und 60 Pf. im Restland. a. Blätterzeit. — Druck- und Verlagsanstalt: Gr. Märkerstr. 67. Fernruf 246 66. 3. Ausgabe: Nr. 1111. Gr. Märkerstr. 27. Postfach 203 19. Verlags- und Druckkosten 203 19. Verlags- und Druckkosten 203 19.

Der Meister der schwarz-weißen Felde.



Der Schachspieler Wilsch, der mit Capablanca um die Welterschaft für schwarz-weißen Felder kämpft und bisher erfolgreich im Vorkampf ist.

Bayerische Bauernpolitik und Reichsbedanke.

München, 25. Oktober. (Vg. Drahtbericht.) Der Bayerische Bauernbund, die Bauernschaft der Bayerischen Volkspartei auf dem Lande, hielt am Sonntag und Montag in München seinen 25. ordentlichen Parteitag ab. Der erste Verhandlungstag war verhältnißmäßig ruhig, nach dem, was aus den geschlossenen Beratungen aber durchsichtiger, scheinen die Gegenstände zwischen der radikalen Richtung der Partei und der bürgerlichen Parteileitung bereits zu haben. Die seit langem bestehende Bestimmung der Parteiführung über die Konfessionspolitik hat infolge der Haltung der Regierungspartei für den jüngsten inmerüberlebigen Finanzausgleich einen neuen Auftrieb erfahren. Am zweiten Tage sprach sich der Bundesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Eise, nberger, sehr scharf gegen die Beamtenbesetzungsreform aus. Der bayerische Bauernwirtschaftsminister Fehr, der das Hauptreferat hielt, hielt sich vorwiegend zurück und überließ die Entscheidung der Konfessionsfrage der Bayerischen Volkspartei im Reichstag. Einem eventuellen Abbau des Bauernwirtschaftsministeriums im Zuge der Staatsvereinfachung begegnete der Minister mit der Drohung aus zu kommen, wenn man sich nicht entschließt, die Bestimmung des Reiches nicht beizubehalten, weil sie die einzige Grundlage für einen gesunden Sozialismus darstelle. Der dritte Redner, Landtagsabgeordneter Scheibele, betonte, daß der Bauernbund, obwohl eine bayerische Partei, nie vergessen werde, daß das große Deutsche Reich die Grundlage des bayerischen Reiches sei; man müsse aber verlangen, daß den Ländern die Reichsautonomie nicht allzu schmer gemacht werde.

Lloyd George über Friedensvertrag und Rheinlandsbesetzung.

London, 25. Oktober. (W.F.B.) Lloyd George führte in einer Versammlung von Friedensfreunden u. a. aus, daß der Friedensvertrag aufgeschoben werden, erkannte man, daß es später notwendig sein werde, Entscheidungen daran vorzunehmen. Allein der Vorschlag kann diese Entscheidungen vornehmen, aber an jeden Versuch einer Revision muß mit Scheitern und Wahrung der Besatzungsmacht werden. Die Gefahr rührt von der zu rigorosen Auslegung der Verträge über die Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen durch die Gegenparteien, in insbesondere von der Nichtabwendung der Vertragsbestimmungen zum Schutze der Rheinseiten, und ebenso von der Fortdauer der Rheinlandsbesetzung, auch nachdem Deutschland bemüht ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen. — Lloyd George erklärte weiter noch, er empfinde keine Verantwortung über die Folgen für den Fall, daß sich die französische Regierung zugunsten einer Verlängerung der Rheinlandsbesetzung entscheide.

Ausführung Trozki's und Einwohnens aus dem Zentralrat. Das Zentralrat hat nach einer Postener Meldung beschlossen, Einwohnens und Trozki aus dem Zentralrat auszuscheiden.

Führerlose Politik.

Soll das deutsche Volk über die Kritik des Reparationsagenten unterrichtet werden oder nicht? — Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Außen- und Finanzminister. — Der Reichskanzler weist keine Richtung.

Am Montagmorgen hat eine Kabinettsitzung stattgefunden, auf deren Tagesordnung eine Aussprache über die viel erörterte Denkschrift des Reparationsagenten stand. Für heute, Dienstag, vormittag sind die Fraktionsvorsitzenden zum Reichsfinanzminister geladen, um dort Erörterungen über das gleiche Thema entgegenzunehmen, und zwar werden die Vorsitzenden der Regierungsparteien und die der oppositionellen Gruppe gefordert unterrichtet, ob und wie die Regierung nun auch die Öffentlichkeit informieren will, steht noch nicht fest. Insbesondere weiß man nicht, ob sie daran denkt, die Denkschrift in ihrem vollen Umfang zu publizieren. Wie man hört, gibt es darüber Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts: der Außenminister will die Veröffentlichung, der Finanzminister aber macht dagegen Bedenken geltend.

Soviet aber ist sicher: die Geheimratskreise wird unerfreuliche Konsequenzen nach sich ziehen, ja, diese Konsequenzen sind bereits inoffiziell bekannt. Maximal hat sich die Regierung nicht sofort, als das Dokument des Memorandum bekannt wurde, zum mitteilen über seine Entscheidungsgeschichte geäußert? Warum hat sie nicht mitgeteilt, daß Barter Gilbert vom Reichsfinanzminister ausdrücklich gebeten worden ist, die Ansichten, die er in Gesprächen mit diesem über die deutsche Finanzlage vorgetragen hat, schriftlich niederzulegen, damit auf diese Weise eine Grundlage für die weitere Diskussion geschaffen würde? Würde das geschehen, so würde vielleicht manche sehr unangenehme Presseäußerung unterbleiben sein. Auf der einen Seite wäre nicht der Verdacht aufgetaucht, als habe sich Herr Köhler hinter dem Rücken des Parlaments einen Protest gegen seine eigene Besetzungsfrage gestellt, und auf der anderen Seite wäre der ärztlichen Kritik, die der deutschnationalen „Berliner Volkszeitung“ an dem Auftritten Barter Gilberts geübt hat, von vornherein der Boden entzogen worden. Denn nichts ist verlässlicher, als dieses Memorandum zu benutzen, um auf neue Mitglieder über die Verhältnisse Deutschlands durch das — nebenbei in seinen Hauptpunkten doch auch von den Deutschen nationalen angenommenen — Dames-Memorandum anzukommen.

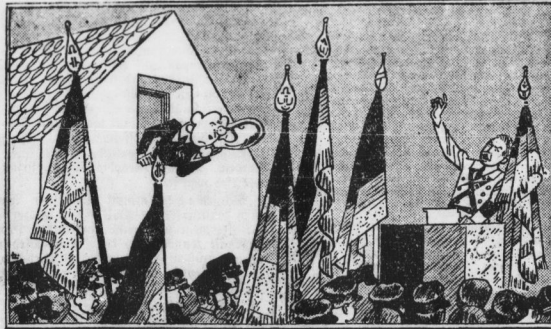
man anzunehmen und mit einer Kampagne zugunsten ihrer Revision einzuweisen. Es ist allgemein bekannt, daß der Reparationsagent selbst in seinem Umfang die Ansicht hat, daß Deutschland auf die Dauer die Lasten, die ihm 1924 auferlegt worden sind, nicht tragen kann. Nicht ist verfehlt, als diesen Vertreter der Gläubigerkräfte persönlich vor den Kopf zu stoßen und in einem Augenblick, wo neue Ausgaben, die zum Teil, wie die durch das Reichsausgleich bedingten, durchaus überflüssig sind, in Aussicht stehen, die Revisionenbedachte mit einem großen Aufbruch von Lungenkraft zu beginnen. All das würde zu vermeiden gewesen, wenn die Regierung der Öffentlichkeit sofort klaren Wein über die Zusammenhänge eingegossen hätte, oder wenn sie wenigstens jetzt noch das sagte, was zu sagen ist. Aber leider stellt sich auch hier wieder heraus, daß die harte Hand fehlt, die Revisionsbedachte zwischen den einzelnen Parteien der einseitigen Politik rechtzeitig auszugleichen vermag und der Politik ihre Richtung weist.

Gilberts Demarche.

Eine Ermahnung Sendour an Deutschland Paris, 25. Oktober. (Radio-Meldung.) In „Petit Parisien“ beschäftigt sich der frühere politische Direktor des Quai d'Orsay Sendour mit der jüngsten Demarche des Reparationsagenten Barter Gilbert und kommt zu dem Schluß, daß die deutsche Regierung gut täte, dieser Warnung volles Gehör zu leisten. Amerika sei gegenüber der Schlagader Europas und habe damit die Macht in Händen, in Europa in finanzieller Beziehung nach Gutdünken einzugreifen. Der Damesplan sei Amerikas Werk und die amerikanische Regierung lege Wert darauf, schon aus Freundschaftsgründen, daß dieser Plan reiflich durchgeführt werde. Die europäischen Länder hätten das größte Interesse daran, die amerikanische Feindschaft in dieser Beziehung nicht herauszufordern und sich in Amerika keinerlei wirtschaftliche Feinde zu schaffen, da die amerikanische finanzielle und wirtschaftliche Macht derzeit hier sei, daß kein europäischer Staat gegenwärtig in der Lage wäre, ihr zu widerstehen. (1)

Der Lauscher von Arensdorf.

In dem durch die Diktatur der Nationalisten bedingten Unrechtsstaat sind zugleich mit Gründung einer Ortsgruppe eine große Demonstration des Reichsbanners fest. Dabei beteiligte sich der Oberbürgermeister des Dorfes, Unter 150 von Wilschens, im Teller eines neuen Schindens als „Hauptredner“.



Was lauscht der Junker so verstört? Ja, was! — ei nun, das ist bekannt: Ich wüßte gern, was der wohl hört. Was hört der Forscher an der Wand! (Näheres siehe auch zweite Seite.)

Parteiarbeit früher und jetzt.

Von Philipp Scheidemann. 1928 wird ein Großkampfjahr sein. Es muß zum Reichstag, zu den Landtagen in Preußen und Bayern und zu den Gemeindevorwahlen durchgeführt werden. Diese Wahlenkampfe vorzubereiten, ist jetzt die wichtigste Aufgabe der SPD. Die Organisationsmaßnahmen sind in der Bau- und die Mitgliederzahlen gesteigert werden. Ebenso wichtig ist es natürlich, die Parteipresse immer weiter zu verbreiten. Zur Einleitung dieser agitatorischen Arbeiten ist eine „Rote Woche“ vereinbart worden, in der alle absolut dringlichen Parteiarbeiten ruhen, um die sieben Tage reiflos für die intensive Vorbereitung zu können.

Die Vorbereitung für die SPD ist jetzt im Vergleich zu den Schwerezeiten in weiter zurückgehenden Zeiten. Während es jetzt sozialdemokratische Minister, Staatssekretäre, Regierungs- und Polizeipräsidenten, Landräte, Spurende und Gendarmen gibt, galt früher jeder Sozialdemokrat als ein Ausbund tiefer Beworbenheit schlechthin als Landesverräter. Zunächst nahm man die Sozialdemokratie insgesamt nicht sehr ernst, sie erschien den Staatsmännern, wie später auch dem demokratischen Volk, als eine vorübergehende Erscheinung. Als aber 1878 in Deutschland 437 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, hat Bismarck das von ihm mit Blut und Eisen zusammengezwungene Reich wieder gefährdet. Unter den vorliegenden Umständen in der Partei der Klassenbewußten Arbeiterklasse, setzte ein Ausnahmefall gegen sie durch und geschäftig nicht nur alle ihre Organisationen, sondern auch die der Gewerkschaften, verbot die gesamte Arbeiterpresse und ließ sozialdemokratische Versammlungen nicht mehr zu. Das Sozialistengesetz wurde schließlich so niederträchtig verfaßt, daß es sogar die Ausweisung von Sozialdemokraten aus solchen Gebieten ermöglichte, über die der Besatzungszustand verhängt worden war. Wo die Partei sich unter den gefährlichsten Umständen noch wesentlich regte, wurde der Besatzungszustand verhängt, so in Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Offenbach und vielen anderen Städten. In Frankfurt a. M. schleppte man Sozialdemokraten am Nachmittagsabend vom Gefängnis weg, aus der Familie heraus, zur Wache — obdanks, ohne jeglichen Erwerb, wurden sie von den Särgen Bismarcks durch das „Waterland“ gehetzt — von einem Ende zum anderen. Zunächst ging die Stimmenzahl der Sozialdemokratischen Partei unter diesem furchtbaren Druck natürlich zurück. Es konnte also nicht überraschen, daß bei den Wahlen 1881 nur noch 312 000 Stimmen abgegeben wurden. Nun aber regte der gesteuerte Diefel sich wieder: 1884 gab es schon wieder 550 000, 1887: 768 000, 1890 gar 1 427 000 Stimmen! Die Sozialdemokratie hatte über die brutale Politik Bismarcks triumphiert. Für die Verlängerung des Sozialistengesetzes fand sich im Reichstag eine Mehrheit nicht mehr. Wilhelm II. schied den Eisernen Kanzler davon, wie einen Hausburchen, der silberne Vettel gestohlen hat. Vor den Augen aller Welt war Lasz erwiehen, daß die Sozialdemokratie mit Ausnahmegelegen nicht unterzutreten sei.

Nun soll sich endlich niemand einbilden, daß die Agitationarbeit für die SPD unter dem Sozialistengesetz eine Kleinigkeit gewesen wäre. Nein, das war sie wirklich nicht. Als ich 1888, im Alter von 13 Jahren, mich gern bereitwillig, den in ganz Deutschland verbreiteten, deshalb im Ausland gebildeten und über die Grenze geschmuggelten „Sozialdemokrat“ zu verbreiten, war das Sozialistengesetz im fünften Jahre in Kraft. Die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ an die Vertrauensleute gehörte zu den am wenigsten angenehmen Arbeiten. Wer bei der Verbreitung erwisch

Bereins-Kalender

der SPD. treten Gemeinschaften, großen Vereinen sowie bei sozial. Frauenorganisationen im Bezirk Halle-Merzbürg. Sekretariat der SPD, Halle a. S., Clara-Zetkin-gebäude 2 Treppen. Vermerk 21029.

Halle

Arbeiter-Verein. Dienstags, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsbau: Mitglieder-Berathung. Vorbereitung unserer Winterarbeit.

Aus dem Bezirk

Cisleben. Dienstags, den 23. Oktob. 20 Uhr, im Volkshaus: Gemeindefam. des Vorkandes und Bildungsvereins, zu welcher die Mitglieder eingeladen sind, um die Mitgliederliste zu besprechen und die Mitgliederliste zu besprechen.

Sangerhausen. Mittwoch, den 24. Oktober, 20 Uhr, beim Gen. Waldmann: Funktionäre-Treffen. Die Mitglieder sind eingeladen.

Wilsdorf. Jeden Donnerstags, abends 8 Uhr, im Dorfsaal: Besprechung der Mitglieder. Die Mitglieder sind eingeladen.

Unterbezirk Mansfeld. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Reichshausen. Dienstags, den 23. Oktob., abends 8 Uhr, im Hotel "Zur Sonne": Mitglieder-Vereinigung. Die Mitglieder sind eingeladen.

Kabarett Rakete

Am Mittwoch, dem 26. d. M. eröffne ich ein zweites Spezialgeschäft für Herrenmode-Artikel am Leipziger Turm, neben dem Ritterhaus.

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Am Mittwoch, dem 26. d. M. eröffne ich ein zweites Spezialgeschäft für Herrenmode-Artikel

am Leipziger Turm, neben dem Ritterhaus.

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Reutensberg
Gr. Ulrichstraße 32
unweit Alte Promenade
Am Leipziger Turm neben dem Ritterhaus

Stadttheater

Seite 5534
Dienstags 20 Uhr:
Die Spargasse
Mittwoch 20 Uhr:
Preis von Hamburg

Walhalla
Abend 8 Uhr:
Die große Zauberschau
Kassner

Kotzkappen
mit dem Schmeißer
Ritterballer,
Preis für Kinder:
0,30 0,50 0,60 0,75
0,90 und 1,-. 20.
Zapfenst. 11 Uhr.

Kaffeekonzert
Eintritt frei.
20 Uhr:
Gesellschafts-Abend
mit Tanz
Eintritt 50 Hg. u.
1,00 BR.

Rügen
aus einzelne Zelle,
preiswert
3. Oktob.
Thausstr. 10 11

Portemonnaies
in Leder
billig
Hugo
Kreusmann
Halle-Merzbürg
Lobnitz-Str.



Die zierlichen farbenfrohen Kleidchen Ihrer Kleinen sind rasch gereinigt und stets wohlgepflegt mit **LUX** SEIFENFLOCKEN *SUNLICHT* MANNHEIM

Reichshausen

Schwarz-Rot-Gold
(Mund der republikanisch. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppen des Saalkreises. Der Bundespräsident Kom. Östlich...

Ortsgruppe Halle. Die Kameraden der Ortsgruppe...

Ortsgruppe Halle. Die Kameraden der Ortsgruppe...

Ortsgruppe Halle. Die Kameraden der Ortsgruppe...

Ortsgruppe Halle. Die Kameraden der Ortsgruppe...

Lichtspiel-Palast „Sonne“

Dienstag bis Donnerstag am zweiten Ende

An der schönen blauen Donau
Ein bezauberndes Bild aus dem goldenen Wien mit den beglückten Bräutigamen

Lya Mara, Harry Liedtke
Gefangene in der Liebe
Herrn K. Henckel-Dechant

Union-Theater Merseburg
Dienstags bis Donnerstags

Das Rätsel Afrikas
II. Teil:
Um die Blüte des Haroms

Nähmaschinen
beste Qualität, 5 Jahre Garantie,
bill. Preise, Modern. 3 BR., verz.
Lobnitzstr. 6, St. Kaiserstr. 7.

Schillers Garten

Jeden Freitag
von 3^{1/2} Uhr an: 5402

Kaffee-Konzert
Geflügelkonzert in Lokalkaffee

Schlachtfest!
4 Uhr:
Weißfleisch, Schmales,
Sauer, Knochen, Gebräute,
Brillenschote, Bratensauce

Karl Günther
Halle, Marktstraße 55

Volkspark

Täglich:
Kräftigen Mittagstisch
zu 75 Pfennig

Befruchtung.
Die Befruchtung der Pflanzen mit
den Pflanzenmischungen von 3701 bis
40836 (Pflanzenmischung Februar 1927 in
rotem Deck) wird vom 8. November
1927, von 9 Uhr vorwärts an, im
Beihaus, Via der Wartentstraße 4,
stattfinden.

Portemonnaies
in Leder
billig
Hugo
Kreusmann
Halle-Merzbürg
Lobnitz-Str.

Portemonnaies
in Leder
billig
Hugo
Kreusmann
Halle-Merzbürg
Lobnitz-Str.

Portemonnaies
in Leder
billig
Hugo
Kreusmann
Halle-Merzbürg
Lobnitz-Str.

Portemonnaies
in Leder
billig
Hugo
Kreusmann
Halle-Merzbürg
Lobnitz-Str.

Vericht der Viehwirtschafts-Kommissionen

über die Viehwirtschaft in Goldmark

Setzung	1. Hälfte	2. Hälfte	3. Hälfte	4. Hälfte	5. Hälfte	6. Hälfte	7. Hälfte	8. Hälfte	9. Hälfte	10. Hälfte
Käse	100	50	95	95	95	95	95	95	95	95
Butter	100	94	98	98	98	98	98	98	98	98
Eier	100	90	95	95	95	95	95	95	95	95
Schmalz	100	90	95	95	95	95	95	95	95	95
Schmalz	110	65	105	105	105	105	105	105	105	105
Schmalz	110	100	110	110	110	110	110	110	110	110
Schmalz	98	70	98	98	98	98	98	98	98	98
Schmalz	90	80	98	98	98	98	98	98	98	98

Kauft nur bei unseren Inferenten

H. Tafelberg verschiedene Qualitäten Essigsprit, Weissessig, Tafelessig, Speiseöle

empfehlen in altbekannter Güte
Wilhelm Krahnert & Co., Halle a. S.
Gegründet 1860
Inhaber: Alfred Zeis
Fischerplan 6
Telephon 21038

A. Koch
Rind- und Schweineschlächterei
Ludwig-Wuchererstr. (Ecke Götchenstr.)

Wurstwaren

Korn & Zöllner
Grüderstraße 13 Halle a. S. Telephon 237 63

W. S. Wollmer
Gegr. 1709 Gr. Ulrichstr. 6-8 Tel 213 61

Kleider- und Seldenstoffe
Woll- und Strumpfwaren
Handarbeiten
Fahnenfabrikation

Zillmann & Lorenz
Spedition: Möbeltransport
Lagerung
Halle a. S. / Fernsprecher 27521

OKTOBER



Seer des „Vollkornbrot“
berühmtesten bei Ihren Gästen
und beim Besuch von Hotels
ist dies hier empfehlenswertes
Speisen.

Sparkasse Kreisbank des Saalkreises

Große Steinstraße Nr. 20 Halle a. d. S. Telephon 261 12, 261 42

Zweigstellen in Amendorf / Könnern / Löbjetz
Niemberg / Niemberg / Boesenlaubingen oooo

Annahme von Spareinlagen unter Garantie
des Kreises gegen zeitgemäße Verzinsung.

Ausführung bankmäßiger Geschäfte

Ausgabe von Hypotheken, langfristigen Darlehen und Kontokorrent-
Kreditoren gegen satzungsgemäße Sicherheit usw.

Möbel

Große Auswahl erstklassiger
Möbel
und kompletter Einrichtungen
Kasseler Holz- u. Zehnhornfabrikation
Schubert & Co.
Gegr. 1854 Inh. F. Esser Steinweg 17

Schuberts Mecklenb. Schwarzbrot
hergestellt aus Roggenschrot, ist von besonders kräftigem
Geschmack. Es enthält alle Nährwerte, besonders die
vitaminreichen Eiweiß- u. Nährstoffverbindungen d. Getreides

Geb. Schubert: Halle a. S.
Großbäckerei und Mühlenwerke: Telephon 266 65 266 76



Kommunistische Demagogie.

Die hollischen Parteikommunisten versuchen den Gewerkschaften ins Handwerk zu passen. — Ihre demagogischen Propaganda-Anträge werden als jämmerliche Aufscherei geteuschelt. — Kommunisten und Gewerkschaftler in Chem.

Am 15. Oktober 2-Uhr-Polizeistunde.

Die hollischen Parteikommunisten versuchten, die hollische Bevölkerung zu überzeugen, daß am 15. Oktober die Polizei in der Halle auf 2 Uhr nachts festgesetzt ist. Die Rückmeldung bis 15. Oktober erfolgt aus dem Grunde, um die Zeit dieser Zeit anhängigen Versagen wegen Polizeistunden-Überweisung hinreichend zu machen, bedeutet also eine Art Generalamnestie. Es bleibt selbstverständlich den Kommunisten unbenommen, auch früher schon Schluß zu machen. Das längere Offenhalten der Polizeistunden wird sich eben ganz nach der Beliebigkeit richten müssen.

Der Bund der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten, der dem christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund angehört, hat eine Entschließung gegen die Verlängerung der Polizeistunde angenommen, weil er darin eine Verhöhnung der Angestellten sieht, die die Folgen der Verlängerung tragen müßten. Ohne uns in den Streit für und wider die Verlängerung einzumischen, möchten wir zu der Entschließung hinstellen, daß der Protest, die wir auf keinen Fall verwerfen, doch dadurch abgeschwächt werden kann, daß die Arbeitnehmer auf gewisse Fälle in dem Wege die Verhöhnung ihrer Kollegen, und insbesondere der Arbeitsschlichter, herbeiführen. Auch in anderen Berufen gibt es Nacharbeit, ohne daß die Arbeitnehmer darunter zu leiden brauchen.

Die Frau in der Parteiarbeit.

In der letzten Frauengruppenversammlung erbat die Genossin W a a m i Bericht von der Reichsfrauenkonferenz und der Tagung der Arbeiter-Wohlfahrt in Kiel. Obwohl schon einige Monate im Land gezogen sind noch Entschieden der Tagung wurde der Bericht außerordentlich lebhaft und interessiert mitgeteilt. Infolge der Fülle der Anträge und des Inhalts der Referate war die Zeit sehr vorgeschritten und die Anwesenden dankten herzlich der Referentin für den Bericht.

Dann nahm Genossin B e i t z das Wort, um einige Worte bezüglich der bestehenden Konsumvereine, Beteiligung an der Werbemaschine und die Frauen zu richten. Er fand volle Zustimmung; die Genossinnen sind bereit, in dem kommenden Wochen ihre Pflicht erfüllen zu wollen.

Am 16. November wird die Stadtdirektorin Genossin F r ö b l i c h (Plamen) im Volkspark einen Vortrag halten. Frage Propaganda ist dafür zu entfallen. Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung werden die Genossinnen noch vernünftig bei Kaffee und Kuchen eine kleine Stunde beisammen. Möge der Besuch auch in Zukunft ein so guter sein.

Soll man nach Argentinien auswandern?

Die Antwort auf diese Frage gab ein Filmvortrag der Kulturfilmgemeinde gestern im Italia. Man kann sie dahingehend beantworten, daß nur derjenige es dort zu einem bringen kann, der genügend Geld und großes Ziel und Ausdauer besitzt. Diejenigen, die dies nicht können, kommen zu nichts und vergrößern die Menge des Proletariats. Unter den denkbar schlechtesten Wohnverhältnissen, in einer primitiven Sitten leben die Anfänger in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit. In jeder Hinsicht ist es daran denken, sich ein einjähriges Stipendium zu bauen.

Auf anderletzt Art versuchen die Anfänger in Argentinien ihr Glück. Die einen packen ein Gut, das von dem vorigen Pächter in einen überlebensfähigen Zustand zurückzuführen, andere lassen sich in wilde Gegenden schicken und beginnen dort ihr Leben als Erbauer. Wohl brauchen sie fünf Jahre keine Gelder für das Land an die Regierung zu zahlen, aber das mitgebrachte Kapital wird in dieser ersten Zeit ohnehin aufgebraucht.

Im den Deutschen in Argentinien für Fortkommen zu erleichtern, hat der Bund der Deutschen in Argentinien mit seinen 60 Ortsgruppen Beratungs- und Arbeitsvermittlungstellen eingerichtet. Andererseits entlastet der Bund auch aus Abwehrt gegen die große Bevölkerung der dort lebenden Deutschen durch die gründlich unvorbereiteten und mangelhaften Zustände. Von der Regierung ist in Buenos Aires ein großes Einwandererbüro geschaffen, in dem die Einwanderer die erste Zeit freie Kost und Logis haben. Auch werden die Einwanderer kostenlos mit der Eisenbahn nach den Siedlungsgebieten befördert. Der bereits ziemlich mangelhafte Film bestätigte die Ausführungen des Redners.

Aufhebung der Brückengelder für Kraftfahrzeuge.

Dem Reichspräsidenten hat sich demnach ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Brückengelder für Kraftfahrzeuge zu. Durch das Reichsgesetz vom 9. April 1927 zur Übertragung der Finanzverwaltung ist vom 1. Juli 1927 an die Erhebung von Brückengeldern für Kraftfahrzeuge aufgehoben worden. Zur Durchführung dieses Reichsgesetzes soll das Reichliche Gesetz ergehen. Es regelt insbesondere die Aufhebung der Brückenunterhaltungsschulden, die bisher die Brückengelder der Kraftfahrzeuge erhoben haben. Diese sollen zu Gunsten des Landes nach dem Finanzaußenbüchse dem Lande Preußen zuzuführen aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer erhalten.

Auf 68 Wähler ein Auto.

Stuttgart gibt es in Deutschland am meisten ein Auto. Erst an 21. Stelle folgt Berlin mit 68. Halle besitzt nahezu Berlin's Prozentsatz, nämlich 68.

Moskau in Not!

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten hätte trotz ihrer 25 Tagesordnungspunkte in knapp eineinhalb Stunden zu Ende sein können, wenn — ja, wenn es nicht die „einzig wahren Arbeitervertreter“ für nötig befunden hätten, eine ebenso törichte wie nutzlose

Debatte über den Gewerkschaftsrecht

heraufzubeschwören. Es vergeht kein größerer Wirtschaftskampf, ohne daß die SPD sich bemüht, den zur Führung dieser Kämpfe einzig berufenen Gewerkschaften ins Handwerk zu passen. So hat auch beim mittelbayerischen Gewerkschaftsrecht die kommunistische Parteileitung ihre funktionären den Beschäftigten in allen kommunalen Körperlichkeiten Anträge auf Bewilligung von öffentlichen Mitteln an die MSB für die streikenden Gewerkschaften zu stellen. Im Provinzialauschuß forderte man 250 000 RM für diese kommunistische Zweigstelle, und der bürgerliche Reichrat der hollischen Stadtdirektorienverammlung wurde angeschlossen, 10 000 RM zu bewilligen.

Obwohl diese Stümper im Klassenkampf bereits im Kampfentschluß darüber besorgt worden sind, daß die Verwendung öffentlicher Gelder zur Unterstützung von Streiks gegenwärtig ist und von der Sicherheit selbst Sorgehens selbst überzeugt waren, im Ernst auch selbst nicht daran glauben, daß ihre Anträge Annahme finden hielten gleich zwei der „einzig wahren Arbeitervertreter“ stundenlang über alles mögliche, was sich mit dem Streik und sein Ergebnis irgendwie in Zusammenhang bringen ließ

„Unter Anwalt ist durch die Verhältnisse klar überholt“

So begann Stadtd. Härtel I seine stundenlange Rede und Mißrede gegen die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Führer des Streiks. Er mußte also, daß schon aus diesem Grunde seinen Bemühungen der Erfolg verweigert bleiben müßte. Sein Hinweis auf das Sowjetparadies wirkte einestweil zum Lachen anderenteils muß man sich aber auch sagen, daß man selbst in Sowjetrußland streikenden Arbeitern (soweit das Streikrecht überhaupt erlaubt ist) niemals aus öffentlichen Mitteln Unterstützung zahlen wird. Zudem beweisen diese Anträge, daß die Kommunisten den Unorganisierten sagen: „Ihr braucht es nicht gewerkschaftlich zu organisieren; wenn gestreikt wird, bekommt ihr Streikunterstützung aus der Provinzial- und Stadtkasse.“ Das interessanteste aber ist, daß die deutschen Moskauer stets und ständig den Parlamentarismus in Grund und Boden zu vernichten, in der Praxis stellen sie sich aber, so als würde das Städt- und Provinzialparlament das Maßstab für alles. Das und noch andere Wahrheiten hielt der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion,

Stadtd. Schaumburg.

den kommunistischen Demagogen vor Augen. Er meinte, daß man es durchaus bezweifeln könne, daß die Kommunisten hier im Stadtparlament solche Reden zu schwingen, nachdem feststeht, daß sie diese Reden bei den Gewerkschaften für die sie von der Zentrale ausgearbeitet waren, nicht halten dürfen.

Die Gewerkschaft haben es abgelehnt, die kommunistischen Propagandascheiben weiter anzuhängen.

Sie haben sie in ihren Versammlungen gar nicht zehen lassen. Das Abstimmen ist ein gescheitertes Ergebnis über den Schiedsgerichtlichen Prozeßschluß. Auch in den am Sonntag abgehaltenen 12) Versammlungen ist von den Gewerkschaften noch einmal zum Ausdruck gebracht worden, daß sie ihren Kampf von den Gewerkschaften geführt wissen wollen und daß sie sich das Treinschweigen kommunistischer Propaganda verweigern. Der Kampf ist geführt worden von Sozialdemokraten. Nicht einer der Streikenden hat „Verrat“ der Sozialdemokraten oder Referenten der Kommunisten geübt. Schon dadurch sind die Angriffe der Kommunisten gekennzeichnet. Die sozialdemokratische Fraktion hat aus prinzipiellen Gründen und benutzt die Anträge abgelehnt, weil es sich um eine Verhöhnung des Klassenkampfes handelt. Die „revolutionären“ Kommunisten aber wollen zur Führung der Kämpfe Gelder der Gemeinden und somit auch der Kapitalisten nehmen. Namens der am Kampf beteiligten Gewerkschaften gab Genossin Schaumburg die Erklärung ab, daß es

die Gewerkschaft unter ihrer Würde halten, öffentliche Gelder für ihren Streit anzunehmen.

höchst eigenartig mißt das Verlangen der Kommunisten nach Wiedereröffnung der Erwerbslosenklasse. Gerade diejenigen, die heute ihre Wiedereröffnung verlangen, haben die größten Schwierigkeiten dabei, als er (Redner) sich darum bemühte. Doch einmal erklärte Gen. Schaumburg, daß die Anträge der SPD zum Gewerkschaftsrecht überholt seien. Die Gewerkschaften hätten viel mehr Verständnis bewiesen, wie die Kommunisten. Auch wenn die Moskauer ihren Klassenkampf in der heute geeigneten Weise fortzuführen, würden sie nichts erben.

Bei den Gewerkschaften verfährt der kommunistische Propagandist nicht mehr.

Auf einen kommunistischen Zuzuf: „Straßenbahner“ erklärte Schaumburg, daß es ein himmelweiter Unterschied sei, ob man zur Führung eines Streiks 10 000 RM Unterstützung fordert, aber sich für eine Kontraktion städtischer Arbeiter einsetzt.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Agitationsantrag gegen die Stimmen der Kommunisten und des aus der bürgerlichen Fraktion ausgetretenen Stadtdirektorin Schäfer abgelehnt.

Begünstigt eines weiteren Antrages der Kommunisten erklärte Stadtd. Härtel I, daß man mit dem, was sich während des Streiks auf den hollischen Straßen

abgespielt habe, nicht einkerden lassen könne. Trotzdem des Wertes nur für zwei Wochen Kofle hatte, wurden die Beamten unter Druck gesetzt, Streikbrecherdienste zu verrichten. Der Betriebsrat wurde in seinen Befugnissen beschnitten. Er richtete an den Magistrat das Verlangen, häufig zu sorgen, daß bezugslos sich nicht wiederhole. Die Auseinandersetzungen hätte man sich sparen können, wenn die Forderungen der Gewerkschaften bewilligt worden wären. Die Streikenden hätten gezeigt, daß sie Verantwortungsbewußtheit genug hätten und mehr Einsicht besäßen, wie die unverantwortlichen Persönlichkeiten, die diese unsinnigen Verfügungen erlassen hätten.

In der Abstimmung wurden auch die von den Kommunisten vürüß „unformulierten“ Anträge gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Es handelt sich darum, daß keine Maßnahmen stattfinden dürfen und daß die volle Förderung der Gewerkschaften bewilligt würde.

Stadtdirektor Genossin Mäler begründete diesen Antrag der SPD-Fraktion gestellten Dringlichkeitsantrag.

„Man hollischen Arbeitern eine Wirtschaftsbefähigung zu gewähren. Es ginge nicht, daß man die hollischen Arbeiterschaften Tarif abläßt, ohne ihre Lohnaufhebung zu lassen. Die den Gewerkschaften zum Schiedsgericht bewilligte Lohnobergrenze ist ein Prozent für die deutliche Beweis, daß genante Höhe die Lebensmittelpreise ernst hätte auswirken können.“ Die den Gewerkschaften zu bewilligen zu bedauern. Da keine andere Regelung möglich ist, bliebe nur der Ausweg über die Wirtschaftsbefähigung übrig.

Die Stadtdirektorienverammlung beschloß einstimmig, nachdem sie einige lächerliche Traben des Kommunisten Härtel I gegen die SPD-Anträge hatte, Unterstützung an den Haushaltsauschuß.

Küßler bei der Gewerkschaftsdebatte blamierte sich die kommunistische Fraktion auch bei der Beratung der Magistratsvorlage auf Einführung der

hollischen Eigenanwaltschaft.

Es handelt sich darum, daß die Stadt für ihre Betriebe die Beiträge nicht mehr an die zuständige Unfallversicherungsgesellschaft abführt, sondern eine Art Eigenversicherung betreibt. Die Kommunisten ritzen ihren Prinzipienfimmel und ließen durch den hollischen Magistrat die der Magistratsvorlage erklären. Die SPD, sei gegen das Sparen, das hier in der Vorlage auch zum Ausdruck komme — Stadtd. Feißer von der Hausbesitzerfraktion erklärte sich mit den kommunistischen Maßnahmen nicht einverstanden, nach unseren Genossen Bille einige Augen, aber recht treffenden Bemerkungen veranlaßte. Der kommunistische Standpunkt ist einfach unverständlich. — Stadtrat Fingert fand es durchaus verständlich, daß die hollischen Arbeiter sich gegen die Magistratsvorlage wehren werden, aber die hollischen Arbeiter hätten keine Ursache, sich dagegen zu wehren. Die Unternehmer wollten die Städte gerne in ihren Gewerkschaften als Mitglieder behalten, weil sie vorzuziehen könnten, als die privaten Baunternahmer und geringere Risiken bestehen. Die Abstimmung zeigte Hausbesitzer und Kommunisten in einer Front. Die übrigen Anträge wurden meist nach den Beschlüssen des Haushaltsauschusses angenommen. Sie sind unseren Lesern durch die Berichterstatterin bereits bekannt. In die öffentliche, um 7 Uhr zu Ende gefundene Sitzung gab es eine kurze Rede, in der der Magistrat hollischen Wahl- und Grundbesitzangelegenheiten behandelt wurden.

Sprecher.

Die Redungsstunde kam infolge Behinderung des Sprechers am Mittwoch nicht stattfinden. Weiteres wird noch bekanntgegeben.

In die Caale.

Am Montag gegen 15.15 Uhr verlor ein jüngerer Mann in der Nähe der „Saalhofbräuer“ in selbstmörderischer Absicht in die Caale zu springen. Durch einen Polizeibeamten wurde er daran gehindert und in polizeiliche Verwahrung genommen. Der Grund zu seinem Vorhaben dürfte in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

Einfrierung und Behandlung der Winterkartoffeln und des Obstes.

Das anhaltende Regenwetter hat in diesem Jahre unseren landwirtschaftlichen Produkten Schaden zugefügt. Was nicht verdorben ist, bedarf einer sorgfältigen Behandlung und Pflege. Da kommt in erster Linie unter Kartoffeln in der Frage, die heute die Hauptnahrung der Bevölkerung darstellt. Vor der Einfrierung ist zu beachten, daß keine frostigen, von der Feuchtigkeit befallenen Knollen in den Keller gebracht werden; denn diese sind auch nach einer solchen Einfrierung in den meisten Fällen nicht zur Verwertung geeignet. Vor dem Einfrieren der Kartoffeln soll man sich schälen, indem man Kartoffeln in die gelagerten Kartoffeln bringt. Der Fall verläuft die Kartoffeloberfläche und das Weitergehen der Feuchtigkeit. Ummerzen ist zu vermeiden, den Kartoffelort nach Zeit zu Zeit nachsehen und die angefallenen zuerst zu verbrauchen. Dieses Jahr darf man die mühselige Arbeit nicht lassen.

Bei der Behandlung des Obstes ist in erster Linie darauf zu achten, daß nicht angefrorenes Obst zur Aufbereitung kommt. Gänzlich geeignet ist in den meisten Fällen nicht zur Aufbereitung. Das Obst muß trocken gelagert werden. Die aufgestellten Obstkörbe müssen in einigermassen frostfreien Raum. Bei der Schorfkrankheit gefrorenes Obst ist nicht zur Aufbereitung zu empfehlen. Auf den Gärten sollen höchstens zwei Schichten Obst zur Lagerung kommen. Sehr gut hält sich Obst auch in einer Kiste verpackt mit Sawmull, eine Schicht Kart und dann eine Schicht Kiesel. Winterkiesel halten sich auf diese Art sehr, bis es wieder neue Kiesel gibt. Durch den so herbeigeführten Rückschlag der Luft und gegenfeitigen Berührung wird eine Ansteckungsgefahr von den faulen Kesseln verhindert.

Finch der Zeitung.

„Rehr, Ref.-Off. 23 J. sucht Lebenspartnerin.“ So zu lesen: Preussische Rehr-Zeitung Nr. 100 wo muß Gelehrter ein, ist offenbar sich hier nicht das Mindestverdienstgehalt, was der Rehrzeitung noch heute befehlen ist? Mitglieder eines Standes, der unendlich viel geleistet hat, können sich, auf ihn stolz zu sein. Das ist das Ergebnis seiner bisherigen Tätigkeit. Ausfallgebende Rehrer wird es nicht geben.

Im Preußen der Hornverordner (siehe im Kultusministerium, Abteilung VIII, d. h. Volkskultusminister, ausschließlich Theologen, waren Seminar- und Präparandenordner mit seltenen Ausnahmen zugehört, zum Teil sogar noch als Geistliche tätig. Ihre Erziehungsanstalt bestand darin, die Jünglinge meist weg vom Sündenpfad der großen Städte in Präparandenanstalten entweder ganz auf das Land zu verlegen, aber in den Städten grundsätzlich als Internate einzurichten, wobei man sich unter allen Umständen vorzuziehen sei. (Dr. Seifert, 14. 3. 1892).

Als: Entwurf ganz frei vom Bildungsbegriff der Stadt oder zum mindesten abgelehnt von ihm durch Wäner, wie man eine solche Anstalt für Rehrzeitung einrichten würde. Einzig ein Wort und die ohne Unterbrechung der Bürgerlichkeit ab, so kann nur Handwerkerfamilien, Rehrer, Wäner, bescheidene Rehrer, kleine Beamte in Witze. Armut zu Armut, Befürchtung zu Befürchtung. Dabei wurden die sogenannten „Rehrer“ nicht aufgeführt, sondern von den „Internaten“, den Rehrzeitungen, unendlich beneidet. Weist aus äußerlichen Gründen. Unheimlich spielte aber die Gefühl mit, daß jene so ihrem Leben etwas näher blieben, zum mindesten dem Rehrer „Familie“, dessen umfassende Kenntnis Haupterfordernis des Rehrerberufes ist. In den Arbeitsblühen, Speiseräumen, Schlafstätten aber baute sich neugierigen eine wirtschaftliche Welt.

Rein Wunder, wenn die geringe Freizeit zu Trinken, Siedelein, u. a. m. verführt. Rein Wunder, wenn der zwanzigjährige, neugebaute Rehrer nahezu hilflos der Essenlosigkeit, der Beschäftigung, je nach der Rindermelk gegenüberstand. Die Rehrer sind schwere Kämpfer, vielen nicht der Untertrag erpart geblieben. Die Kirche aber und der Junfer, sie konnten sich nicht genug empören über den stillosen Zustand der Rehrzeitung. Sie wollten nicht wissen, daß die Rehrzeitung ihre Beziehung war. Aber die Rehrer waren es nicht! Denn sie schon Scham haben über ihre Vergangenheit, und dem Beruf im „Ref.-Off.“ und „Mädern.“ eine notwendige Empfehlung zugehen, dann sollten sie wenigstens den Mut haben, die sie sich abzuheilen, denn sie die Scham verberaten. Sie mit der Kirche und der Schule! Sie mit ihrer demagogischen Bundesgenossenschaft. — f. h.

Die Zulassung von öffentlichen Langfuhrerzeiten. Wie der „Anzeiger“ Preussische Presseblatt mitteilt, hat der Minister der Finanzen unter Aufhebung älterer Bundesverträge die Oberpräsidien ermächtigt, die erforderlichen Bestimmungen hinsichtlich der öffentlichen Langfuhrerzeiten im Wege der Polizeiverordnung oder durch Anweisung an die nachgeordneten Behörden zu treffen, wobei die Ermächtigung unter Berücksichtigung der in Betracht kommenden örtlichen Verhältnisse selbstständig zu erfolgen.

